

Extremismus erkennen und benennen

In Europa erfahren Parteien wie die AfD Zulauf. Doch Rechtsextremismus gibt es auch in der direkten Umgebung wie etwa im Münsterland.



Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen in Österreich, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg zeugen von einer Attraktivität rechter Parteien in der Wählergunst. Doch woher kommt der Drang vieler Bürger_innen, diesen Parteien die eigene Stimme zu geben? Und sind die rechten Gruppierungen, die ihre scheinbar einfachen Lösungen in Schlagzeilen verpacken wirklich das, wofür sie auf den ersten Blick zu stehen scheinen? Diesen und weiteren Fragen

gingen die Teilnehmer_innen der Veranstaltung „Nationalistisch, populistisch, unsozial? Politik rechter Parteien in Deutschland“ des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung in Münster nach.

„Wir erleben vielleicht keinen Rechtsruck in Deutschland – so weit würde ich nicht gehen – aber es gibt eindeutige Sympathien für die rechtspopulistische Parteienfamilie“, machte Martin Weinert vom Landesbüro NRW in seiner Begrüßung deutlich.

Aus Sicht des SPD-Landtagsabgeordneten Thomas Marquardt hätten die jüngsten Landtagswahlergebnisse in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg gezeigt, dass es ein hohes Wählerpotenzial rechts der CDU gebe. „Doch auch darüber hinaus sind rechte Parteien EU-weit auf dem Vormarsch: der französische Front National, die polnische PiS-Partei und die FPÖ in Österreich“, sagte der Abgeordnete. Mit plumpen Forderungen wie „Raus aus der EU“ liefere in Deutschland die so genannte „Alternative für Deutschland“ (AfD) einfache Antworten auf komplexe Sachverhalte. „Und diese Forderungen finden immer mehr Sympathisant_innen – und zwar nicht nur im ultrakonservativen Lager“, gab Marquardt zu bedenken. Er sei davon überzeugt, dass die AfD im kommenden Jahr auch in den nordrhein-westfälischen Landtag einziehen werde. „Diese Partei, die die freiheitlich demokratische Grundordnung ablehnt und ohne eigenes politisches Programm agiert, erfährt derzeit einen großen Zulauf“, äußerte sich Marquardt. Nun sei es an den demokratischen Parteien, die Wähler_innen davon zu überzeugen, „dass einfache Lösungen nicht immer die besten Antworten sind. Denn die Politik ist ein komplexes Feld“, sagte der Abgeordnete.



Thomas Marquardt, MdB

Neben Marquardt diskutierten Professor Oliver Treib vom Institut für Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Nadja Lüders und Anna-Lena Herkenhoff von der „Mobilen Beratung gegen Rechts-extremismus, für Demokratie“ mit den Gästen beim FES-Münsterlandgespräch am Aasee. Die Moderation übernahm Ratsmitglied Robert von Olberg.

Doch bevor sich die Expert_innen auf dem Podium den Fragen des Publikums stellten, gab Treib einen Einblick in das Programm der AfD, das auf dem Parteitag Ende April in Stuttgart beschlossen wurde. Der Professor machte darauf aufmerksam, dass die AfD in einer Reihe aufstrebender rechtspopulistischer Parteien in ganz Europa stehe. Den bereits von Marquardt genannten, fügte er die Schweizerische Volkspartei (SVP) hinzu, die seit 1999 die stärkste Fraktion in der Bundesversammlung ist. Bei den Nationalratswahlen im Jahr 2015 entfielen 29,4 Prozent der Stimmen auf die SVP. „Wir haben die Partei nur nicht so sehr im Blick, da die Schweiz nicht in der EU ist und wir so auch medial nur wenig aus dem Land erfahren“, sagte Treib.

„Im Bereich der AfD-Wirtschaftspolitik wird deutlich, dass sich die Partei dem wirtschaftsliberalen Prinzip zuwendet und daher wenige Subventionen und geringe Staatsausgaben fordert“, erläuterte der Professor. Doch er finde im AfD-Programm auch linke „Einsprengsel“: die Partei wolle den Mindestlohn halten. Den Freihandel befürworte sie nur, solange dazu keine Souveränität abgegeben werden müsse. Der Islam gehöre



Prof. Oliver Treib

nach Ansicht der AfD nicht zu Deutschland, formulierte es Treib. „Ehe und Familie werden als Schutz von Traditionen und Keimzelle der Gesellschaft angesehen.“ An deutlich populistischen Forderungen und Standpunkten mangle es im Parteiprogramm nicht. So stehe dort: Berufspolitiker seien kartellartig strukturiert, die Parteienherrschaft sei zu kritisieren und Volksinitiativen und Volksentscheide müssten die Grundlage politischer Beschlüsse sein. „Dazu kommt ein Euroskeptizismus mit der Botschaft: raus aus dem Euro, zurück zu einer Art europäischer Wirtschaftsgemeinschaft“, sagte Treib. Der Professor fasste zusammen: „Die AfD ist eine wirtschaftsliberale, traditionell-autoritär, populistische und stark euroskeptische Partei. Das sind Kriterien, um die Partei als rechtspopulistisch bezeichnen zu können.“

Doch wer wählt die AfD eigentlich? Unter anderem auf Grundlage der Ergebnisse einer Nachwahlbefragung von „Infratest dimap“ sei bislang nur eine vorsichtige Interpretation der AfD-Wähler_innen möglich. Deutlich werde allerdings, dass es sich nicht wie oft angenommen, um eine „Unterschicht“-Bewegung handle, nannte Treib ein Ergebnis der Auswertung. Tendenziell würden mehr Männer als Frauen die AfD wählen, vor allem Ältere. Rund 31 Prozent der Befragten AfD-Wähler in Sachsen-Anhalt gaben ein Haushaltsnettoeinkommen von 2000 bis 3000 Euro an. „Nur wenige Befragte gaben an, mehr zu verdienen. Viele liegen jedoch unter dem genannten Einkommen“, sagte der Professor. Auffällig sei zudem, dass 76,3 Prozent der Befragten angaben, sie hätten aufgrund der Flüchtlingssituation Angst. „Die AfD-Wähler zeigten eine extremere Ablehnung, Angst und Befürchtung als der Rest der Bevölkerung“, fasste Treib zusammen.

Für die Zukunft prognostizierte er eine erhebliche Nachfrage nach rechtspopulistischen Programmpunkten. Ob sich diese Nachfrage jedoch dauerhaft etablieren könne, das hänge seiner Meinung nach von drei Faktoren ab: „Wie geht die AfD mit den internen Flügelkämpfen um? Stehen die wirt-

schaftspolitischen Positionen auch weiterhin den Interessen der geringer verdienenden Wähler entgegen? Und wie reagieren die etablierten Parteien?“

Dass es auch rechte Strukturen im Münsterland gibt, darauf machte Herkenhoff aufmerksam. „Ist von rechtsextremistischen Taten wie Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte die Rede, zeigen wir hier im Westen gerne auf den Osten. Doch das ist nicht angebracht“, mahnte sie. NRW sei Vorreiter in Sachen Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund. „Auch im Münsterland gibt es in verschiedenen Städten und Kommunen Rechtsextremismus. Allein 14 Straftaten wurden bereits in diesem Jahr registriert“, sagte sie. Darunter: Schüsse auf einen iranischen Asylbewerber, Brandanschläge und Hakenkreuzschmierereien. „Wir haben in Münster keine neonazistischen Strukturen wie beispielsweise in Dortmund, doch auch hier gibt es flüchtlingsfeindliche Propaganda“, äußerte sich Herkenhoff.

Fremdenfeindliche Demonstrationen der AfD mit jeweils 200 bis 300 Teilnehmern gab es beispielsweise in Oelde und Salzkotten. „Dort waren Plakate und Flaggen mit ähnlichen Slogans wie bei Pegida-Demonstrationen in Dresden zu sehen“, sagte sie. Auch Anhänger der Gruppierung „Die Rechte“ aus Dortmund hätten sich den Demos im Münsterland angeschlossen. „Auf der Straße marschieren AfD- und „Die Rechte“-Anhänger_innen gemeinsam – über die Parteigrenzen hinweg“, erläuterte die Extremismusexpertin. Gut sei, dass die populistischen Aktionen zu zivilgesellschaftlichen Reaktionen wie Gegendemonstrationen führten. „Das ist ein wichtiges Zeichen“, sagte sie. Politik und Bürger müssten Rassismus in der Gesellschaft viel häufiger erkennen und benennen.

Die Dortmunder Landtagsabgeordnete Nadja Lüders sprach sich dafür aus, die AfD und ihre Wähler_innen zu „entzaubern“. „Hinter den kurzen Antworten und Schlagworten der AfD-Anhänger steckt nicht viel“, erläuterte sie und ergänzte: „Wir müssen hinterfragen und Lösungsvorschläge einfordern. Dann wird die Argumentation der AfD schnell brüchig.“ Demokratie sei nicht zum Wohlfühlen da. „Wir müssen uns jeden Tag streiten, um am Ende zu möglichst guten Ergebnisse zu kommen. Das ist immer wieder eine Herausforderung“, sagte Lüders. Doch es helfe in der aktuellen Situation wenig, wenn die CSU immer wieder die Regierungskoalition gefährde. „Horst Seehofer bewegt sich mit seinen Äußerungen selbst ganz knapp am Rechtspopulismus“, formulierte es die Abgeordnete.



**Moderator Robert von Olberg
und Nadja Lüders, MdL**

--

Textautor: Marcus Hammes, Journalistenbüro Köln

Redakteur: Martin Weinert, Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung

Fotos: Martin Weinert